

Antworten der FDP auf unsere Wahlprüfsteine

- 1. Minijobs berechtigen weder zum Bezug von Kurzarbeit- noch zu Arbeitslosengeld. Wie wollen Sie die Minijobs, die zu 2/3 von Frauen ausgeübt werden, so reformieren, dass sie zur sozialen Absicherung der Minijobber:innen und zu besserer Durchlässigkeit in reguläre Beschäftigungsverhältnisse führen? (Wahlprogramm)**

Mit jeder Anpassung des Mindestlohns reduzieren sich heute die Stunden, die Beschäftigte im Rahmen eines Mini- beziehungsweise Midijobs arbeiten dürfen. Damit sind Mini- oder Midijobber von Erhöhungen durch die allgemeine Lohnentwicklung abgeschnitten. Um das zu ändern, wollen wir Freie Demokraten die Minijob- und Midijob-Grenze erhöhen und dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn koppeln.

- 2. Das Steuerrecht fördert durch den Splitting-Tarif die Einverdiener-Ehe besonders. Wie wollen Sie das Steuerrecht so ausgestalten, das zum einen individuell gerechte Steuern vom Lohn einbehalten werden, zum anderen aber auch andere Lebensentwürfe wie Lebensgemeinschaften gerecht besteuert werden?**

Wir Freie Demokraten möchten, dass Eltern frei entscheiden können, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Einseitige Modelle, welche die Freiheit arbeitender Mütter und Väter einschränken, sind nicht mehr zeitgemäß. Daher fordern wir die Steuerklassen III und V abzuschaffen, damit sich in der Steuerklasse IV die Abzugsbeträge beider Ehegatten stärker am jeweiligen Anteil am Bruttoarbeitslohn orientieren. Um auch andere Lebensentwürfe zu fördern, wollen wir ihnen einen rechtlichen Rahmen geben und die sogenannte „Verantwortungsgemeinschaft“ neben der Ehe gesetzlich verankern. Diese können zwei oder mehr volljährige Personen eingehen, die füreinander Verantwortung übernehmen. Denn in einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung.

- 3. In keinem Parlament Deutschlands sind Frauen gleichberechtigt vertreten. Werden sie sich für eine gesetzliche Regelung, mit der Parteien verpflichtet werden, ihre Listen- und Direktmandate für die Wahl des Deutschen Bundestags paritätisch mit Männern und Frauen zu besetzen, einsetzen?**

Wir setzen uns für eine stärkere Repräsentation von Frauen in der Politik und in den Parlamenten ein. Eine gesetzliche Pflicht zur Parität lehnen wir auf Grund von verfassungsrechtlichen Bedenken jedoch ab. Sie würde einen Eingriff in die Gleichheit und Freiheit der Wahl darstellen, denn Parteimitglieder hätten nicht mehr die formal gleichen Chancen, Wahlvorschläge würden eingeschränkt und die Parteien würden in ihrer Freiheit eingeschränkt, ihre innere Ordnung selbst zu bestimmen. Wir schlagen andere Wege vor und haben selbst Maßnahmen ergriffen um mehr Frauen für die politische Arbeit innerhalb und außerhalb von Parlamenten zu gewinnen. So bieten wir etwa ein Mentoring-Programm an, bei dem erfahrene Mitglieder neue weibliche Mitglieder unterstützen, die Partei und ihre Strukturen kennenzulernen sowie sich zu vernetzen. Daneben ist die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Job/Familie ein wichtiger Baustein. Kinderbetreuungsangebote und familienfreundliche Formate gehören daher bei uns genauso selbstverständlich zum Parteileben wie digitale Veranstaltungs- und Austauschformate.

- 4. An jedem 3. Tag wird eine Frau durch ihren Partner oder Ex-Partner umgebracht. Wie setzen Sie sich für Datenerhebung und Forschung zu Femiziden ein, um dieses Gewaltpotenzial zu thematisieren und sich für eine Strafverschärfung sowie für Fortbildungen bei den Strafverfolgungsbehörden stark machen?**

Frauen müssen besser vor jeder Form von Gewalt geschützt und im Falle von Übergriffen besser unterstützt werden. Dafür wollen wir Freien Demokraten erstens die Datenerhebung, zweitens die Fortbildungen bei den Strafverfolgungsbehörden und drittens die Verfügbarkeit von Hilfestellen verbessern, indem wir die Zusammenarbeit von Bund und Länder vorantreiben und stärken. Wir wollen Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung bei sexueller oder sexualisierter Gewalt ermöglichen. Diese anonymisierten Daten tragen auch dazu bei, sichtbar zu machen, dass Gewalt gegen Frauen in Deutschland kein Randphänomen ist, sowie dazu, dass diese Verbrechen besser nachvollzogen und bekämpft werden können. Wir wollen eine gut ausgestattete und für Gewalt gegen Frauen sensibilisierte Polizei. Polizei und Justiz müssen nach gemeinsamen Standards aus- und fortgebildet werden. Ferner setzen wir uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhausplätzen, eine bundesweit einheitliche Finanzierung sowie ein nationales Online-Register ein. Informationen über Hilfsangebote zu häuslicher Gewalt sollen standardmäßig beim Besuch der Frauenärztin oder des Frauenarztes zur Verfügung stehen. Um Frauenfeindlichkeit zu bekämpfen, müssen wir auch als Gesellschaft frauenfeindliche Motive frühzeitig identifizieren und gemeinsam dagegen antreten und die Forschung verbessern.

5. Wie wollen Sie sicherstellen, dass pflegende Berufe angemessenere Löhne und bessere Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten? Die Pandemie machte deutlich, wie gesellschaftlich wichtig und gleichzeitig belastend jene Arbeit ist. Mehr als drei Viertel des Pflegefachpersonals sind Frauen.

Deutschland leidet an einem dramatischen Mangel an Pflegefachkräften, der zu frustrierenden Arbeitsbedingungen und nicht selten zu Überforderung, Burn-outs oder sogar zur Berufsaufgabe führt. Wir Freien Demokraten wollen dies ändern, indem wir die Anerkennung von Pflegekräften genauso verbessern wie die Arbeitsbedingungen. Unsere Maßnahmen sind eine umfassende Entbürokratisierung des Gesundheitswesens, die Gewinnung neuer Pflegekräfte und die Nutzung digitaler Potentiale im Pflegebereich. Wichtig ist uns dabei vor allem eines: Wir wollen die Expertinnen und Experten, also die Pflegekräfte, in die Erarbeitung der nötigen Reformen einbinden und so von ihrer fachlichen Expertise lernen. Bürokratieabbau erreichen wir mit einer „Bepreisung“ der Bürokratie- und Berichtspflichten. Bezahlen soll sie künftig der, der sie anfordert. Um mehr Pflegefachkräfte zu gewinnen, wollen wir die Pflegeausbildung durch mehr digitale Inhalte, eine Stärkung der pflegerischen Kompetenzen und eine leistungsgerechte Durchlässigkeit in Pflegeberufen reformieren. Denn Pflege ist ein hoch anspruchsvoller Beruf: Empathisch und sozial, aber gleichzeitig zunehmend durch technologische Entwicklung geprägt. Technik kann pflegerische und soziale Tätigkeit dabei niemals ersetzen, sondern sie kann ein Mittel sein um Pflegefachkräfte bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen und zu entlasten. Das muss sich auch in der Ausbildung wiederfinden. Außerdem machen wir für Pflegende den Weg frei für eine Berufsbiographie von der Assistenzkraft bis zur Pflegeprofessur. Für eine faire Berechnung des Pflegeschlüssels sollen Auszubildende künftig nicht mehr herangezogen werden.

6. Wie stehen Sie zur Implementierung einer geschlechtergerechten Haushaltspolitik? Der Einsatz öffentlicher Gelder hat direkte Auswirkungen auf die Gesellschaft und ist damit zentral für die Durchsetzung tatsächlicher Gleichstellung. Die Investition in Gleichstellung ist eine demokratische Notwendigkeit.

Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Haushaltsplanung gleichermaßen berücksichtigt werden und lehnen die Vertiefung sowie Festigung von Klischees darüber wie Männer und Frauen leben ab. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir wollen allen Menschen, unabhängig davon ob sie weiblich,

männlich oder intergeschlechtlich sind, ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dafür wollen wir auch in der Haushaltspolitik die besten politischen Rahmenbedingungen stecken. Ein wichtiger Schritt ist dabei die immense steuerliche Belastung für alle Bürgerinnen und Bürger abzubauen, denn diese ist in Deutschland die höchste weltweit.

7. §§ 218, 219a StBG stellt den Abbruch sowie die Informationen über den Abbruch der Schwangerschaft unter Strafe. Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Was werden Sie unternehmen, damit Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr unter Strafe gestellt werden?

Für uns Freie Demokraten steht Selbstbestimmung an erster Stelle. Frauen müssen sich frei, informiert und ohne Stigmatisierung für oder gegen eine Schwangerschaft entscheiden können. Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland nach der Maßgabe der Paragraphen 218 ff. StGB straffrei. Die sachliche Information darüber kann daher kein strafbares Unrecht sein. Für uns Freien Demokraten ist daher klar, der Paragraph 219 a StGB muss gestrichen werden, denn er stellt die sachliche Information zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen unter Strafe. Frauen sind in dieser schwierigen Lage unbedingt auf genau diese Informationen angewiesen, der Zugang muss ihnen daher frei zugänglich sein. Wenn für die Frau feststeht, dass sie das Kind nicht bekommen möchte, muss es ihr innerhalb der gesetzlichen Frist möglich sein, diese Entscheidung umzusetzen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es eine flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen und Einrichtungen gibt, die einen Abbruch vornehmen. Eine Konfliktberatung soll auch online durchgeführt werden können. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Ärztinnen und Ärzte verlässliche Regeln haben, wie sie informieren dürfen.

8. Frauen erhalten im Schnitt zwischen 37 - 46 % weniger Renten als Männer. Ein erster Schritt ist die Norm des männlichen Facharbeiters abzuschaffen und ein geschlechtergerechtes Berechnungssystem einzuführen. Wie stellen Sie sicher, dass das Rentensystem geschlechtergerecht reformiert wird?

Wir Freien Demokraten wollen das Altersvorsorgesystem so modernisieren, dass es für alle Generationen und Geschlechter fair ist. Das wollen wir insbesondere durch zwei grundlegende Reformen erreichen: Mit der Basis-Rente und mit der Aktienrente.

Die Aktienrente stabilisiert als neuer Teilbaustein die gesetzliche Vorsorge, indem bei Erwerbstätigen automatisch ein Teil des Bruttoeinkommens (zunächst zwei Prozent) in eine „gesetzliche Aktienrente“ angelegt wird. Das Geld wird von einem staatlichen Fonds verwaltet und am Kapitalmarkt gewinnbringend angelegt. Im Gegenzug reduziert sich der Beitrag an die gesetzliche Rentenversicherung um diese zwei Prozentpunkte. Gerade Menschen mit geringen Einkommen erhalten so Eigentum an ihrer Altersvorsorge. Mit der Einführung einer Basis-Rente folgen wir unserem Leitgedanken, dass sich auch Arbeit zu geringen Löhnen im Alter auszahlen muss. Hierzu wollen wir einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung einführen. So entfällt der entwürdigende Gang zum Sozialamt und Altersarmut wird fair und gezielt bekämpft. Zusätzlich wollen wir die Aufwertung von Sorgearbeit durch die Übertragung von Rentenpunkten, auch für befristete Zeiträume und für unverheirateten Eltern. Klar ist aber auch: Wir müssen die Ursachen für die Rentenlücken zwischen Männern und Frauen bekämpfen. Daher fordern wir gleiche Bezahlung für gleiche Leistung, bessere Rahmenbedingungen, wie gute Kinderbetreuung, die Abschaffung der Steuerklassen III und V, mehr Frauen in Führungspositionen und als Gründerinnen sowie die MINT-Förderung für Mädchen.